



Das europäische Sozialsystem, ein Trumpf in Zeiten der Krise



Autor : Yves Barou

Zu einer Zeit, in der die sozialen Auswirkungen der Krise innerhalb der Eurozone offensichtlich sind, veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung eine Analyse von Yves Barou, die erstmals im "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union en 2012" erschien. Der Autor widmet sich in seiner Analyse dem europäischen Sozialmodell, wobei er von den unterschiedlichen nationalen Modellen ausgeht. Die Analyse basiert auf einem vergleichenden und globalen Ansatz. Ausgehend von den drei klassischen Sozialstaatsmodellen - kontinental, anglo-amerikanisch und dem skandinavischen Modell - entwickelt sich ein neues gemeinschaftlich-europäisches Modell. Der Pakt für Beschäftigung, ein gemeinsamer Rahmen für den Sozialdialog und gemeinsame Standards für europäische Unternehmen sind der Beweis hierfür. Dieses neue europäische Sozialstaatsmodell muss nach Meinung des Autors im aktuellen Kontext der Krise umso schneller zu einem Trumpf für Europa werden.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Deutschland/Frankreich - Frauen/Chancengleichheit
Wahlen : Rumänien **Finanzkrise** : Wirtschaft/Finanzen - Eurogruppe -
Beschäftigung/Eurozone - Bulgarien - Spanien - Griechenland - Ungarn - Irland -
Italien **Kommission** : Verkehrssicherheit **Gericht** : Verbraucher **Rat** : Haushalt -
Piraten - Sahelzone **Diplomatie** : Asien/Pazifik **Deutschland** : Frauen - Spanien
Belgien : Aufspaltung **Frankreich** : Cnil - Regionen/Europa - Mayotte
Griechenland : Neuverhandlung/Memorandum **Italien** : Fiskalpakt - Regierung
Lettland : Wachstum **Niederlande** : Renten **Rumänien** : Staatsstreik?
Großbritannien : Europa - Frankreich **Slowenien** : Slowenien **Russland** : WTO
Ukraine : Bericht - Russland **OECD** : Arbeitslosigkeit **Eurostat** : Handel - Inflation
Berichte/Studien : Einwanderung - EU/Brasilien - Steuerung
Kultur : Ausstellung/Quimper - Ausstellung/London - Festival/Bartok - Klimt -
Festival/Klavier - Festspiele/Bregenz

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Frankreich, Deutschland und Sie?

Am 22. Januar 2013 wird der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags gefeiert. Aus diesem Anlass sollen alle deutschen und



französischen Bürger Gelegenheit erhalten, mitzuteilen, wie sie persönlich das deutsch-französische Verhältnis erleben und beurteilen. Um dies herauszufinden, haben die Radio France-Gruppe gemeinsam mit Deutschlandradio, ARD, dem Saarländischen Rundfunk und Arte eine große Umfrageaktion zu den deutsch-französischen Beziehungen gestartet. Die Robert Schuman Stiftung lädt Sie ein, die 26 Fragen der Umfrage zu beantworten und uns mitzuteilen, wie Sie persönlich das Verhältnis zwischen beiden Ländern und ihre Rolle in Europa beurteilen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europa, der Kontinent der Frauen



Europa erreicht den 1. Platz von allen 5 Kontinenten im Hinblick auf die Anzahl von Frauen mit Regierungsverantwortung. Die Robert Schuman Stiftung aktualisiert drei Übersichten zu diesem Thema mit Rangfolgen der Staaten der Europäischen Union, die einen Überblick geben über den Anteil an Frauen in Regierungen, nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Referendum in Rumänien über die Absetzung von Präsident Traian Basescu



Sind Demokratie und Rechtsstaat in Rumänien bedroht? Am 6. Juli 2012 stimmte das rumänische Parlament, das aus dem Senat (143 Abgeordnete) und dem Abgeordnetenhaus (346 Abgeordnete) besteht, mit 256 gegen 114 Stimmen für die Absetzung des rumänischen Präsidenten Traian Basescu, auf Initiative der regierenden Sozialliberalen Union (USL). Gemäß Artikel 95 der rumänischen Verfassung kann der Staatsoberhaupt im Falle schwerer Verfehlungen und Verfassungsverletzungen abgesetzt werden. Die Abstimmung im Parlament muss per Referendum bestätigt werden, dieses ist für den 29. Juli 2012 vorgesehen. Falls per Referendum gegen die Absetzung des Präsidenten entschieden wird, wird dieser bis zum Ende seiner Amtszeit bis Ende 2014 im Amt bleiben; falls das Referendum die Absetzung bestätigt, muss innerhalb von 90 Tagen ein neuer Präsident gewählt werden... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Ergebnisse des Ratstreffens "Wirtschaft und Finanzen"



Am 10. Juli 2012 gaben die 27 Wirtschafts- und Finanzminister grünes Licht für den Start der Pilotphase für "Projektbonds", das heißt gemeinsame europäische Kredite in Höhe von bis zu 4,5 Milliarden Euro, mit deren Hilfe große Infrastrukturprojekte finanziert werden sollen. Im Falle des Erfolgs sollen die Projektbonds zwischen 2014 und 2020 finanziert werden. Der Rat veröffentlichte darüber hinaus spezifische Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedsländer im Hinblick auf deren Wirtschafts- und Finanzpolitik, wodurch das europäische Semester in diesem Jahr beendet wurde (entsprechend der Empfehlungen des europäischen Rates)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Entscheidungen der Eurogruppe



Die 17 Finanzminister der Eurogruppe trafen sich am 9. Juli 2012, um die Maßnahmen, die auf dem Europäischen Rat am 28. und 29. Juni beschlossen worden sind, umzusetzen. Die Minister einigten sich auf einen Hilfsplan, dessen genauer Inhalt bis Ende des Monats feststehen soll und der Auszahlungen in Höhe von 30 Milliarden Euro vorsieht. Spanien erhält darüber hinaus ein Jahr mehr Zeit, sein Haushaltsdefizit unter die Grenze von 3% abzusenken, ein Ziel, das nunmehr bis 2014 erreicht werden soll. Die Minister einigten sich außerdem auf eine Verlängerung des Mandats von Jean-Claude Juncker. Sie stimmten abschließend der Ernennung des Luxemburgers Yves Mersch zum neuen Generalsekretär der Luxemburger Zentralbank zu... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

ILO veröffentlicht Bericht über Beschäftigung in der Eurozone

Die Forschungsabteilung der International Labour Organisation (ILO)



hat am 11. Juli 2012 einen Bericht veröffentlicht mit dem Titel "Eurozone job crisis: trends and policy responses". Nach Aussage des Berichts ist eine Neuordnung der Arbeitsmarktpolitiken notwendig, um die Auswirkungen der Jobkrise in der Eurozone zu bekämpfen, ansonsten drohe der Verlust von 4,5 Millionen weiteren Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit ist seit 2010 in zahlreichen Ländern der Eurozone stark angestiegen und 3 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind arbeitslos. Innerhalb der Eurozone ist ungefähr ein Drittel der aktiven Bevölkerung arbeitslos oder hat keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die starken Wirtschaftsbranchen der Eurozone sind in Gefahr. Die ILO appelliert an die Länder der Eurozone, ihre Steuersysteme zu reformieren, Investitionen und Arbeitssuchende zu fördern und die Wettbewerbsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu regulieren... [Fortsetzung](#)

Bulgarien ratifiziert ESM



Am 13. Juli 2012 hat Bulgarien den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ratifiziert. Obwohl das Land nicht Mitglied der Eurogruppe ist, will das Land nach Aussage seiner Regierung die Regelungen des ESM mittragen. Die Ratifizierung des Fiskalpaktes ist noch nicht erfolgt... [Fortsetzung](#)

Spanien kündigt neue Sparmaßnahmen an



Die spanische Regierung verabschiedete am 13. Juli 2012 Sparmaßnahmen im Umfang von 65 Milliarden Euro bis Ende 2014. Der Ministerrat wurde erstmals seit dem Amtsantritt von Mariano Rajoy vor 6 Monaten vom spanischen König Juan Carlos geleitet. Unter anderem ist eine Anhebung der Mehrwertsteuer ab September 2012 geplant. Sie soll für die meisten Produkte von 18% auf 21% steigen und von 8% auf 10% im Tourismus-Sektor. Die sehr niedrige Mehrwertsteuer in Höhe von 4%, die für Produkte des täglichen Bedarfs gilt, soll beibehalten werden. Ab dem 1. Januar 2013 sollen Steuererleichterungen beim Wohnungsbau wegfallen. Darüber hinaus sollen durch Reformen in der öffentlichen Verwaltung 3,5 Milliarden Euro eingespart werden. Regionale Beratungsstellen sollen um 30% reduziert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Höhere Arbeitslosigkeit in Griechenland



Nach neuesten Zahlen, die das griechische Statistikamt am 12. Juli 2012 veröffentlichte, stieg die Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres in Griechenland um 6%. Es kam zu einem Anstieg von 16,5% im April 2011 auf 22,5% im April 2012. Am meisten betroffen von Arbeitslosigkeit sind Frauen (26% arbeitslos) und junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren (51,5% arbeitslos)... [Fortsetzung](#)

Ungarisches Parlament verabschiedet Haushalt 2013



Am 12. Juli 2012 stimmten die Abgeordneten des ungarischen Parlaments für den Haushalt 2013. Vorgesehen ist ein Haushaltsdefizit in Höhe von 2,2% des BIP bei einer Wachstumsprognose in Höhe von 1,6%. Der Haushaltsentwurf wurde mit 252 gegen 49 Stimmen angenommen. Da die Abstimmung unmittelbar vor der Sommerpause des Parlaments stattfand, wird über das Finanzgesetz erst nach der Sommerpause im Oktober abgestimmt werden... [Fortsetzung](#)

Troika ist zufrieden mit Fortschritten Irlands



Die Troika (EZB, IWF und Europäische Kommission) gab am 12. Juli 2012 ihre Zustimmung zu den Reformen in Irland, die das Land trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage voranbringt. Die Troika betonte, dass aufgrund der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit die Binnennachfrage nicht groß genug ist, um das Wachstum zu unterstützen. Dies wurde vom irischen Statistikbüro CSO bestätigt, das einen Rückgang des irischen BIP um 1,1% im 1. Quartal verzeichnet. Das Wachstum in 2011 war jedoch höher als zunächst angenommen. Der Rückgang im 1. Quartal 2012 ist nicht alarmierend, die Wirtschaft Irlands wird der Verlangsamung des

Weltwirtschaftswachstums widerstehen können. Entsprechend des Berichts der Troika hat das Vertrauen der Investoren in die Wirtschaft des Landes zugenommen, dank der Befolgung der Sparpläne und eines Abbau des Haushaltsdefizits, der die Zielmarke für das 1. Quartal 2012 erreichte... [Fortsetzung](#)

Bericht des IWF zu Italien



Laut einem aktuellen Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF), der am 10. Juli 2012 veröffentlicht wurde, befindet sich Italien nach wie vor in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Situation, trotz der ehrgeizigen Reformen, die die italienische Regierung bereits auf den Weg gebracht hat, mit dem Ziel, das Defizit abzubauen und das Wachstum anzukurbeln. "Die wirtschaftliche Erholung dürfte Anfang 2013 spürbar werden, dank eines zaghaften Anstiegs der Exporte; Italien wird jedoch im Vergleich zu den anderen Ländern in der Region nach wie vor im Rückstand liegen", so die Beurteilung der Fachleute des IWF laut dem Jahresbericht. Der IWF beglückwünscht die Regierung unter Mario Monti für ihre "ehrgeizige Reformagenda", wobei zugleich festgestellt wird, dass auch eine Verschlechterung der Aussichten möglich sei angesichts einer schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Mehr Sicherheit für weniger Verkehrstote



Am 13. Juli 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Neuregelung der Kontrolle von Fahrzeugen. Die Abstände zwischen den Kontrollen sollen verringert werden (jährliche Kontrolle für Fahrzeuge, die älter als 6 Jahre sind) und es soll verpflichtende Kontrollen für Roller und Motorräder geben. Letztere sind aktuell in den meisten EU-Ländern nicht vorgesehen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll die Zahl der Unfälle reduziert werden, die sich aufgrund von technischen Problemen ereignen... [Fortsetzung](#)

Gericht :

Verbraucherschutz bei Kreditverträgen



Am 12. Juli 2012 präzisierte der Europäische Gerichtshof den Inhalt der Richtlinie zum Verbraucherschutz bei Kreditverträgen. Der Gerichtshof äußerte sich zu verschiedenen Punkten der Richtlinie. Die Mitgliedstaaten können die Richtlinie auch in anderen Bereichen anwenden und sie können Übergangsregelungen vorsehen für laufende Verträge. Der Gerichtshof urteilt, dass die Richtlinie einen Mitgliedstaat nicht daran hindert, "Verpflichtungen festzulegen, die die Richtlinie selbst nicht vorsieht, in Bezug auf die Art der Kommission". Der Gerichtshof präzisierte, dass die Verbraucher sich an Verbraucherschutzstellen wenden können müssen, die in der Lage sind, Sanktionen zu verhängen, da so ein adäquates und effizientes Mittel der Streitbeilegung garantiert würde... [Fortsetzung](#)

Rat :

Haushalt der Europäischen Union für 2013



Am 11. Juli 2012 verabschiedeten die zuständigen Ausschussmitglieder die Position des Rates bezüglich des Haushalts 2013. Die formelle Verabschiedung ist für den 24. Juli geplant. In dem Dokument wird betont, dass die Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten in dieser Phase der Haushaltskonsolidierungen nicht noch weiter belastet werden dürfen, wobei zugleich Wachstumsimpulse gesetzt werden sollen. Entsprechend der Strategie "Europe 2020" betrifft die größte Anhebung den Posten "Nachhaltiges Wachstum", wobei ebenso die Posten "Kohäsion" und "Freiheit, Sicherheit und Recht" gestärkt wurden. Der Haushalt 2013 umfasst insgesamt 132,70 Milliarden Euro an Zahlungen und 149,78 Milliarden Euro an Verpflichtungen. Im Vergleich zum Haushalt 2012 hat der Haushalt 2013 einen um 3,61 Milliarden Euro größeren Umfang... [Fortsetzung](#)

Start von EUCAP Nestor

Am 16. Juli 2012 stimmte der Rat dem Start des Programms EUCAP



Nestor zu. Diese zivile Mission soll den Staaten an der Ostküste des Indischen Ozeans helfen, regionale Kapazitäten im Kampf gegen Piraterie aufzubauen und Somalia soll bei der Ausbildung von Richtern und beim Aufbau einer Küstenwache unterstützt werden. Die Mission mit einem Mandat von 2 Jahren wird ihre Basis in Djibouti haben. Es sind 175 Personen und ein Budget von 22,8 Millionen Euro eingeplant... [Fortsetzung](#)

Kampf gegen Terrorismus in Niger



Am 16. Juli 2012 gab die Europäische Union grünes Licht für den Start einer Zivilmission zur Unterstützung des Nigers im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität, die seit mehreren Monaten für Instabilität in der Sahelzone sorgen. Die Mission mit dem Namen "Eucap Sahel Niger" wird aus ungefähr 50 internationalen Experten bestehen und in Niamey basiert sein. Die Aktivitäten sind auf den Niger konzentriert, sie könnten jedoch auch auf Mali und Mauretanien ausgeweitet werden. Die Sicherheitslage in der Sahelzone hat sich durch verstärkte terroristische Aktivitäten und in der Folge des Libyenkonflikts stark verschlechtert. Die Mission soll den Aufbau lokaler Kapazitäten im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität fördern, wie die Chefin der europäischen Diplomatie, Catherine Ashton, erklärte... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Situation in Südostasien



Am 12. Juli reiste die Hohe Repräsentantin der Europäischen Union, Catherine Ashton, nach Phnom Penh, wo sie unter anderem die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton traf. Das Treffen sollte die Bedeutung der Region für die Europäische Union verdeutlichen. Die gegenseitige Abhängigkeit war niemals größer als heute, hierdurch kann eine Verbesserung der Sicherheit und mehr Wohlstand in Südostasien erreicht werden. Beide Partner äußerten den Wunsch, den Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität und gegen Terrorismus zu verstärken. Beide bekräftigten zudem, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Region weiterhin prioritär sei. Catherine Ashton unterzeichnete darüber hinaus mit dem Außenminister der Philippinen ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das zu einer Stärkung der Verbindungen zwischen der Europäischen Union und den Philippinen beitragen soll... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Könnte das Zeitalter der Digitalisierung zum goldenen Zeitalter der Frauen werden?



Wie kann Frauen bei der Vereinbarung von Familie und Beruf geholfen werden? Dies ist seit mehreren Jahren eine zentrale Frage in Deutschland. Die Problematik wurde am 11. und 12. Juli 2012 in München auf der internationalen Konferenz "DLDwomen" intensiv erörtert. Die Teilnehmerinnen (Wissenschaftlerinnen, Unternehmerinnen, Politikerinnen) diskutierten über die Möglichkeiten, die die digitalisierte Welt den Frauen eröffnet. Für Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen tragen Tablets, Smartphones und andere Hilfsmittel zu einer flexiblen Arbeitsorganisation bei und führen so zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie sie vor den über 600 Zuhörern im Haus der Kunst in München ausführte... [Fortsetzung](#)

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit



Am 12. Juli 2012 beschlossen Bundesforschungsministerin Annette Schavan und ihr spanischer Amtskollege José Ignacio Wert Ortega bei einem Treffen in Stuttgart, einen Expertenaustausch zu starten, um die Ausbildung von Jugendlichen zu verbessern. Spanien leidet unter einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit (Jugendliche zwischen 15 - 24 Jahre), die im Mai 2012 bei 52,1% lag, gegenüber 7,9% in Deutschland. Spanien will sich daher vom 'dualen Ausbildungssystem' inspirieren lassen, da angenommen wird, dass gerade das zweigliedrige Ausbildungssystem in Deutschland zu der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit beiträgt... [Fortsetzung](#)

Belgien :

Aufspaltung des belgischen Wahlbezirks BHV



Das belgische Parlament hat am 13. Juli 2012 einen 50 Jahre andauernden Streit zwischen niederländisch sprechenden Flamen und frankophonen Wallonen über den Wahlbezirk "BHV" beendet (Brüssel-Hal-Vilvorde). Der Gesetzestext zur Aufspaltung wurde mit 106 gegen 42 Stimmen verabschiedet. Es handelt sich um einen Wahlbezirk mit über 1,5 Millionen Einwohnern, der bisher offiziell zweisprachig war. Seit Jahrzehnten verlangen die Parteien der Flamen eine Aufteilung zwischen der belgischen Hauptstadt, überwiegend frankophon, und des Bezirks Hal-Vilvorde, überwiegend flämisch mit einer großen frankophonen Minderheit... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Bericht 2011 der Cnil: Rekordzahl an Beschwerden



Die französische Informatik- und Datenschutzbehörde Cnil (Commission nationale de l'informatique et des libertés) hat ihren Jahresbericht zum Jahr 2011 veröffentlicht, der eine wachsende Zahl an Beschwerden aufzeigt. Im Jahr 2011 wurden 5 738 Beschwerden registriert (+19% im Vergleich zu 2010). Dieser Rekordanstieg verdeutlicht das steigende Interesse der Menschen am Datenschutz. Angesichts der immer häufigeren Nutzung von Smartphones setzt sich die Cnil drei Ziele: Ausbildung im digitalen Bereich, zielgerichtete und genau festgelegte Beschränkungen und die Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen und Behörden bei der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Im Jahr 2011 wurden die Kompetenzen des Cnil erweitert: Kontrolle der Videoüberwachung, Kontrolle von Labels, wie auch die Zuständigkeit für die Registrierung von Verletzungen von Datenschutzvorgaben... [Fortsetzung](#)

Vier Motoren für Europa



Am 9. Juli 2012 trafen sich die vier Vorsitzenden der Vereinigung "Vier Motoren für Europa", die aus der Region Rhône-Alpes (Frankreich), Katalonien (Spanien), Lombardei (Italien) und Baden-Württemberg besteht, zu einer gemeinsamen Konferenz zu dem Thema der interregionalen Kooperation im Dienste der Regionen und eines starken Europa. Die Vorsitzenden betonten, wie wichtig es sei, dass Europa auf Forschung, Energiewende und Bürgerbeteiligung setzt. Sie bekräftigten, dass Europa in die Ausbildung junger Menschen investieren müsse, wie auch in den Klima- und Umweltschutz. Die Vereinigung der vier Regionen repräsentiert 8% des europäischen BIP und 35 Millionen Einwohner. Der Vorsitzende des europäischen Ausschusses der Regionen, Mercedes Bresso, der zu der Konferenz eingeladen war, betonte, dass "die Regionen eine entscheidende Rolle spielen"... [Fortsetzung](#)

Mayotte im Indischen Ozean: Außenposten der Europäischen Union



Am 12. Juli 2012 erhielt die französische Insel Mayotte das Statut "région ultrapériphérique" (RUP) der Europäischen Union. Der Europäische Rat hatte am 11. Juli 2012 die entsprechende Entscheidung getroffen. Ab dem 1. Januar 2014 wird Mayotte komplett RUP-Region sein und das Recht haben, europäische Hilfgelder zu beantragen, zum Beispiel für regionale Entwicklung, Fischfang, Landwirtschaft und Bildung. Die Verzögerung liegt in der Zeit, die zur Verabschiedung von Texten und Regelungen benötigt wird. Mayotte wird die 8. RUP-Region neben den französischen Überseedepartements (Martinique, Guadeloupe, Guyane und Réunion), wie auch neben den Kanarischen Inseln (Spanien) und den Azoren und Madeira (Portugal)... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Griechische Regierung setzt sich für Neuverhandlung des Memorandums ein



Am 11. Juli 2012 betonte die griechische Regierung erneut ihre Absicht, den Sparplan, der von der Europäischen Union und vom Internationalen Währungsfonds vorgegeben wurde, neu auszuhandeln. "... Unser Ziel ist eine Neuverhandlung des Plans EU-IWF", erklärte der Sprecher der Regierung, Simos Kedikoglou, nach einem Treffen des

konservativen Premierministers Antonis Samaras mit dem Vorsitzenden der Partei der Sozialisten (Pasok), Evangelos Venizelos und mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Linken (Dimar), Fotis Kouvelis... [Fortsetzung](#)

Italien :

Italienischer Senat stimmt für Fiskalpakt



Am 12. Juli 2012 verabschiedete der italienische Senat den europäischen Fiskalpakt mit 216 gegen 24 Stimmen, es gab 21 Enthaltungen. Der Senat verabschiedete im einzelnen drei Gesetzestexte: Der erste Text betrifft Änderungen des Vertrags zur Funktion der Europäischen Union und die Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus, der zweite Text betrifft die Funktionsweise des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der dritte Text betrifft den Vertrag für Stabilität, Kooperation und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion, genannt Fiskalpakt. Vor einer endgültigen Verabschiedung muss das Abgeordnetenhaus zustimmen. Hierfür ist noch kein Datum festgelegt worden. Der Fiskalpakt soll die Haushaltsdisziplin stärken; er wurde als Reaktion auf die Schuldenkrise beschlossen. Er wird in Kraft treten, wenn er von 12 Staaten ratifiziert wurde. Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht auf ihren Internetseiten eine Übersichtstabelle mit dem aktuellen Stand der Ratifizierungen der verschiedenen Mitgliedstaaten und Erläuterungen zum Inhalt des Fiskalpakts... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Vittorio Grilli wird neuer Wirtschafts- und Finanzminister Italiens



Am 11. Juli 2012 schlug der italienische Regierungschef Mario Monti, der bis zu diesem Zeitpunkt auch Wirtschafts- und Finanzminister war, gegenüber dem italienischen Präsidenten Vittorio Grilli als neuen Wirtschafts- und Finanzminister vor. Vittorio Grilli übernahm die Amtsgeschäfte, nachdem er im Palazzo Quirinale seinen Amtseid geleistet hat. Grilli (55 Jahre alt) war seit 2005 Generaldirektor der italienischen Finanzverwaltung und rechte Hand von Giulio Tremonti, dem ehemaligen Finanzminister. Mario Monti kündigte darüber hinaus die Einsetzung eines Koordinierungsausschusses für die Wirtschafts- und Finanzpolitik an, der im Palazzo Chigi (dem Sitz der Regierung) untergebracht werden soll... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Zentralbank Lettlands erhöht Wachstumsprognose



Am 12. Juli 2012 erhöhte die Zentralbank Lettlands ihre Wachstumsprognose für 2012 von 1,3% des BIP auf 3,5% bis 4% des BIP. Bezüglich der diesjährigen Inflationsrate geht die Zentralbank nach wie vor von einer Inflation in Höhe von 2,4% aus... [Fortsetzung](#)

Niederlande :

Erhöhung des Renteneintrittsalters in den Niederlanden



Am 12. Juli 2012 verabschiedete das niederländische Parlament ein neues Gesetz, dass eine Verschiebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre vorsieht. Seit 1957 lag das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren, es soll nunmehr bis zum Jahr 2019 zunächst auf 66 Jahre und bis zum Jahr 2023 auf 67 Jahre ansteigen. Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht auf ihren Internetseiten eine Übersichtstabelle zum besseren Verständnis der verschiedenen Rentensysteme der 27 Mitgliedstaaten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rumänien :

Europäische Union fordert von Rumänien eine Lösung der politischen Krise



Am 12. Juli 2012 wurde der rumänische Premierminister Victor Ponta von dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und vom Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, nachdrücklich aufgefordert, das rumänische Verfassungsgericht mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten und seine Rechtsprechung anzuerkennen. Die Forderungen sind eine Reaktion auf die

Absetzung des rumänischen Präsidenten Traian Basescu (mitte-rechts) durch die Mehrheit der Mitte-Links-Fraktion im Parlament, auf die Beschneidung der Rechte des Verfassungsgerichts per Verordnung und auf die unerwartete Neubesetzung des Posten des Mediators (der einzige, der gegen eine Verordnung vorgehen kann). Das rumänische Verfassungsgericht beklagte ein rechtswidriges Vorgehen. Die europäische Kommissarin Viviane Reding sprach von der "großen Gefahr" einer antidemokratischen Entwicklung. Im Falle einer "schweren Verletzung" der Grundrechte sieht Artikel 7 des Lissabonvertrages als Sanktion die Aussetzung der Stimmrechte eines Mitgliedslands vor... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Großbritannien: Überprüfung des europäischen Einflusses



Am 12. Juli gab der britische Premierminister David Cameron den Beginn eines "Review-Verfahrens" über den Einfluss Europas auf die Politik in Großbritannien bekannt. Das Review-Verfahren, das das erste seiner Art in Europa darstellt, soll Klarheit geben, inwiefern Europa die britische Gesetzgebung und den Alltag bestimmt. Der Review-Prozess, der die erste Etappe auf dem Weg zum Referendum über Europa ist, das David Cameron in Aussicht gestellt hat, soll 2014 beendet sein und wird durch den britischen Außenminister, William Hague, geleitet... [Fortsetzung](#)

Französischer Präsident in Großbritannien



Am 10. Juli 2012 traf der Präsident Frankreichs, François Hollande, den britischen Premierminister David Cameron und Königin Elizabeth II. François Hollande setzte sich für ein "Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten" ein. David Cameron antwortete, indem er auf die Möglichkeit hinwies, im Rahmen der Europäischen Union unterschiedliche Beziehungen zu haben. Am Abend traf sich der französische Präsident zu einem Gespräch mit Königin Elizabeth II. im Schloss von Windsor... [Fortsetzung](#)

Slowenien :

Giorgio Napolitano trifft Janez Janša



Am 11. Juli 2012 traf der italienische Präsident Giorgio Napolitano auf seinem Staatsbesuch in Slowenien den slowenischen Premierminister Janez Janša. Beide lobten die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen zwischen beiden Ländern, trotz der durch die Krise verursachten Schwierigkeiten. Darüber hinaus zeigten sich beide zufrieden mit den auf dem letzten Europäischen Rat beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums und zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen... [Fortsetzung](#)

Russland :

Duma ratifiziert Beitrittsprotokoll Russlands zur WTO



Am 10. Juli 2012 ratifizierte die Duma, das Unterhaus des russischen Parlaments, das Beitrittsprotokoll Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) mit 238 gegen 208 Stimmen, es gab 1 Enthaltung. Die Abstimmung ist der Schlusspunkt nach 18 Jahren Verhandlungsdauer. Der Text muss jedoch noch vom Oberhaus des Parlaments abgesegnet und vom Präsidenten unterzeichnet werden, um spätestens 30 Tage später in Kraft zu treten... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Julia Timoschenko: Berufungsprozess und Prozess wegen Steuerhinterziehung vertagt



Am 12. Juli 2012 gab das Berufungsgericht in der Ukraine bekannt, dass der Berufungsprozess der Oppositionsführerin und ehemaligen Premierministerin Julia Timoschenko auf den 16. August vertagt wurde. Julia Timoschenko wurde in 1. Instanz zu 7 Jahren Haft wegen Amtsmissbrauch verurteilt, wobei sie bereits 2011 Berufung gegen das Urteil eingelegt hat. Diese Ankündigung folgt auf die Ankündigung des ukrainischen Richters Kostiantin Sadovskiy, der zwei Tage zuvor bekannt gegeben

hatte, dass der neue Prozess gegen Timoschenko wegen Steuerhinterziehung ebenso vertagt würde... [Fortsetzung](#)

Ukraine und Russland: keine Einigung über niedrigere Gaspreise



Am 12. Juli 2012 gaben die Präsidenten der Ukraine und Russlands, Viktor Janukowitsch und Wladimir Putin, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Jalta bekannt, dass sie zu zahlreichen Fragen keine Einigung gefunden hätten, insbesondere zur Frage der Gaspreise. Im Jahr 2010 erhielt der neu gewählte ukrainische Präsident einen Preisnachlass für Gas in Höhe von 30%, der für die Ukraine Einsparungen in Höhe von 8 Milliarden Dollar bedeutete. Im Gegenzug stimmte die Ukraine zu, dass Russland weitere 25 Jahre einen Flottenstützpunkt im Schwarzen Meer in Sebastopol unterhalten darf. Der ukrainische Präsident möchte eine weitere Gaspreissenkung aushandeln... [Fortsetzung](#)

OECD :

Prognose der OECD zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit



Am 10. Juli 2012 veröffentlichte die OECD in einer Studie ihre aktuelle Arbeitsmarktprognoze. Hierin hält sie fest, dass die hohe Arbeitslosigkeit mittelfristig bestehen bleiben wird, da es derzeit nur einen leichten wirtschaftlichen Aufschwung gibt. In ihrem Bericht "Employment outlook 2012" geht die OECD davon aus, dass die Arbeitslosenquote im letzten Quartal 2013 in der Zone der OECD-Länder weiterhin um die 7,7% betragen wird (48 Millionen Arbeitslose), diese Quote liegt nahe an den 7,2% von Mai 2012. Entsprechend des Berichts der OECD gab es in der Eurozone im Mai 2012 einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 11,1%. Die OECD fordert die Mitgliedsländer auf, die Entstehung von Arbeitsplätzen zu fördern und Arbeitslosen zu helfen, nicht den Kontakt zum Arbeitsmarkt zu verlieren. Investitionen in Bildung und das Erlernen neuer Kompetenzen müssten ausgebaut und Hilfsprogramme zielgerichteter eingesetzt werden... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Verbesserung der Außenhandelsbilanz



Am 16. Juli gab Eurostat bekannt, dass der Euroraum im Mai 2012 im Warenverkehr mit der restlichen Welt einen Überschuss von 6,9 Milliarden Euro erwirtschaftet hat, während die Europäische Union ein Defizit von 3,8 Milliarden Euro verzeichnete. Im Mai 2011 betrug das Defizit für den Euroraum 1,2 Milliarden Euro und für die Europäische Union 14,5 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Jährliche Inflationsrate der Eurozone unverändert bei 2,4% im Juni 2012



Nach aktuellen Zahlen, die Eurostat am 16. Juli 2012 veröffentlichte, betrug die jährliche Inflationsrate der Eurozone im Juni 2012 2,4%, sie war unverändert im Vergleich zu Mai 2012. Ein Jahr zuvor lag die Inflationsrate bei 2,7%. Die monatliche Inflationsrate betrug im Juni 2012 -0,1%. Die jährliche Inflationsrate der Europäischen Union betrug im Juni 2012 2,6%, gegenüber 2,5% im Mai 2012. Ein Jahr zuvor betrug sie 3,1%. Die monatliche Inflationsrate betrug in der Europäischen Union im Juni 2012 0%... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Einwanderung nach dem Arabischen Frühling



Das Zentrum für Einwanderungspolitik des Europainstituts in Florenz hat im Juli 2012 eine Studie veröffentlicht mit dem Titel "Migration after the Arab Spring" ("Einwanderung nach dem Arabischen Frühling"). Die Autoren P. Fargues und C. Fandrich kommen zu dem Schluss, dass es durch den Arabischen Frühling zu keiner verstärkten Einwanderung nach Europa gekommen ist. Innerhalb der arabischen Staaten ist die Einwanderungsdebatte von den sozialen und politischen Umwälzungen überlagert worden, während innerhalb der Europäischen Union die Ansicht vorherrschend war,

die Umwälzungen als einmalige Chance für die Demokratie zu sehen. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union stellten verstärkt Stipendien zur Verfügung, um die arabische Jugend in ihrem Freiheitskampf zu unterstützen. Die positiven Entwicklungen stehen laut Meinung der Autoren jedoch unter dem Vorbehalt der Unterstützung durch die neuen Regierungen, die jetzt die Macht übernehmen werden... [Fortsetzung](#)

Wie werden sich die Beziehungen zwischen der EU und Brasilien entwickeln?



Die Stiftung für internationale Beziehungen und außenpolitischen Dialog (FRIDE) veröffentlicht eine Studie über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Brasilien unter dem Titel: "Brazil and the EU: between balancing and bandwagoning". Der Autor analysiert die zwiespältigen Beziehungen zwischen beiden Mächten, die zwischen dem Wunsch nach Kontinuität und Distanzierung schwanken... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat und EU-Methodik



"Notre Europe" hat im Juli 2012 eine Studie von Philippe de Schoutheete veröffentlicht mit dem Titel "Europäischer Rat und EU-Methodik". Der Autor analysiert die Geschichte und progressive Stärkung des Rates, bevor er sich den Änderungen durch den Vertrag von Lissabon widmet und der sich hieraus ergebenden Rolle des Rates als europäische Institution. Im aktuellen Kontext der Krise werden im Europäischen Rat die wichtigen Entscheidungen getroffen. Im letzten Teil der Analyse erörtert der Autor die zukünftige Rolle des Europäischen Rates in Bezug auf die Außenpolitik, die durch den Vertrag von Lissabon nicht vereinfacht werden konnte und darüber hinaus in Bezug auf das Krisenmanagement und die Legitimität des Rates, die er als junge Institution gewinnen konnte... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Die Brücke (1905-1914), Ursprünge des Expressionismus



Bis zum 8. Oktober widmet das Museum in Quimper den Werken der deutschen Künstlergruppe "Die Brücke" eine Ausstellung, die als Keimzelle des Expressionismus in Deutschland gilt. Zuvor war die Ausstellung in Grenoble zu sehen. Gezeigt werden über 140 Werke, Gemälde und Zeichnungen, die unter anderem aus dem Berliner Brücke-Museum stammen... [Fortsetzung](#)

50 Jahre Rolling Stones



Bis zum 27. August 2012 präsentiert das Somerset House eine Fotoausstellung, die der Rockband Rolling Stones gewidmet ist. Zur Feier des 50. Jahrestags des ersten Auftritts der Band am 12. Juli 1962 im Marquee Club in London werden über 70 Fotografien gezeigt...

[Fortsetzung](#)

Bartok Festival



Nur noch wenige Tage bis zum 19. Juli 2012 wird in Szombathely in Ungarn das internationale Bartokseminar und -festival stattfinden. Auf dem Programm stehen Klavierkonzerte, Theater, Tanz, Jazzkonzerte und vieles mehr..... [Fortsetzung](#)

150. Geburtstag von Gustav Klimt



Bis zum 6. Januar 2013 präsentiert das Museum Belvedere in Wien eine Ausstellung unter dem Titel "150 Jahre Gustav Klimt - Jubiläumsausstellung". Die Ausstellung umfasst sämtliche Werke, die im Besitz des Museums sind. Zu jedem Lebensjahr von Gustav Klimt werden Werke gezeigt. Der Maler Klimt ist seit seiner Geburt vor 150 Jahren nicht nur eine Kunstikone, sondern auch ein Phänomen der Zeitgeschichte geworden... [Fortsetzung](#)

Internationales Klavierfestival in La Roque d'Anthéron



Vom 21. Juli bis zum 22. August 2012 findet zum 32. Mal das internationale Klavierfestival in La Roque d'Anthéron statt, im "Parc du château de Florans". Das Festival ist Anziehungspunkt für junge Nachwuchstalente, wie auch für die größten internationalen Klavierinterpreten und bietet eine Plattform für sämtliche Stilrichtungen: Klassik, Jazz, Elektro..... [Fortsetzung](#)

Bregenzer Festspiele



Vom 18. Juli bis zum 18. August 2012 werden auch dieses Jahr am Bodensee die Bregenzer Festspiele stattfinden. Auf dem Programm stehen Opern, Operetten, Symphoniekonzerte, Theateraufführungen und andere kulturelle Veranstaltungen. Unter anderem wird in diesem Jahr die Oper "André Chénier" von Umberto Giordano zu sehen und zu hören sein... [Fortsetzung](#)

Agenda :



16. und 17. Juli

Brüssel

Ratstreffen "Landwirtschaft und Fischerei"

Nikosia

Informelles Treffen der Minister für Verkehr und Telekommunikation



18. bis 20. Juli

Nikosia

Informelles Treffen der Minister für Industrie und Forschung



19. Juli

Frankfurt/Main

Sitzung des EZB-Rates



20. Juli

Treffen der Eurogruppe



23. Juli

Brüssel

Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"



23. und 24. Juli

Nikosia

Informelles Treffen der Minister für Justiz und Inneres



24. Juli

Brüssel

Ratstreffen "Allgemeine Angelegenheiten"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Fabrice Laffargue, Mélanie Laplace, Camille Stephan.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}